

AUFSTIEG UND (BISHERIGER) FALL DES SOZIALEN PROTESTS IN ISRAEL

DER SOZIALE PROTEST IN ISRAEL

Uri Ram und Dani Filc

Im Sommer 2011 fegte eine soziale Protestwelle über Israel hinweg. Sie entstand am 14. Juli, dem symbolträchtigsten Datum, das für den Ausbruch einer Protestbewegung in der Bevölkerung gewählt werden konnte – am gleichen Tag, als 1789 die Bastille in Frankreich von den Massen gestürmt wurde, als Vorbote für die Wandlung des „Dritten Stands“, der „Bürger“, zum „Volk“. Die Ereignisse in Israel waren in der Tat dramatisch, jedoch nicht auf eine Ebene zu stellen mit denen der Französischen Revolution, vielleicht aber mit denen der Studentenrevolte von 1968. Die Demonstranten verteilten sich in breiten Massen in Zeltstädten über das ganze Land. Von Mitte Juni bis Ende August säumten Samstag um Samstag Hunderttausende von ihnen die Straßen von Tel Aviv und riefen fest entschlossen: „Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit!“ („ha-amt doresh zedek hevratih-a-am doresh zedek hevratih“) Noch nie zuvor sind so viele Menschen in Israel auf die Straße gegangen, um zu protestieren, noch seltener ist aber eine derart starke Mobilisierung für soziale Themen. Daher überrascht es kaum, dass die Medien über ein solches Ereignis mit großer Begeisterung auf den Titelseiten der Printmedien und zur Hauptsendezeit berichteten. Kurzum: Im Sommer 2011 kam es in Israel zu einem gesellschaftlichen Ereignis, das es in seiner Geschichte so noch nicht gegeben hat.

Der unmittelbare Auslöser für diesen Protest waren die immer weiter ansteigenden Immobilienpreise. Die Wohnungspreise verzeichneten einen dramatischen Anstieg und ein Ergebnis davon war der zunehmende Druck auf den (sehr kleinen) Mietwohnungsmarkt, besonders in Tel Aviv. Im Jahrzehnt zwischen 1999 und 2009 ging der Anteil junger Familien mit Eigentumswohnungen von 51 % auf 43 % zurück, während die Mietpreise für diese Gruppe um 16 % anstiegen.ⁱ Daphne Leef und Stav Shafir – diese beiden Frauen sollten zum „Gesicht“ und „Sprachrohr“ des Protests werden – sind Studenten aus Tel Aviv, die aus Protest die ersten Zelte auf dem Rothschild-Boulevard errichteten, nachdem sie festgestellt hatten, dass sie ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten. Binnen kurzer Zeit säumten Hunderte von Zelten den Boulevard und überall im Land entstanden Protestcamps mit jeweils ungefähr 2.500 Zelten.ⁱⁱ

Der plötzliche Anstieg der Protestwelle erfolgte anschließend an eine Phase der lokalen Entwicklung, in der bereits Verbraucher wegen überhöhter Lebensmittelpreise gegen Einzelhandelsketten protestierten und betroffene Bürger in mehreren Fällen gegen die „Tycoons“, die heutigen „Räuberbarone“ Israels, zu Felde zogen. Diese Protestbewegung entstand außerdem zur gleichen Zeit wie die globale Protestwelle in den USA, Lateinamerika und Europa im Zuge der Finanzkrise von 2008 und kurz nach der Erstürmung autoritärer und korrupter arabischer Staatsregime in Nordafrika und im Nahen Osten. Das parallele Vorhandensein der Dynamik vor Ort und der globalen Stimmungslage entfachte die so wichtige, aber kaum organisierte und offenbar instabile Protestbewegung in Israel.

In der Phase vor der Staatsgründung (den 1920er-Jahren bis 1948) wurde Israel von sozialistischen Parteien (der Arbeitsbewegung) gegründet und geformt und war lange Zeit durch eine zentralstaatliche Entwicklung geprägt, mit einer starken „sichtbaren Hand“ bei der Planung und Lenkung der Wirtschaft (1948-1977). 1977 gelangte eine Rechtskoalition an die Macht, die sich aus nationalistischen und liberalen Parteien zusammensetzte (dem Likud) und Mitte der 1980er-Jahre einen grundlegenden Kurswechsel zu einem neoliberalen System vollzog, das sich durch eine post-industrielle Struktur und populistische Politik auszeichnet.ⁱⁱⁱ Das Ergebnis ist die zunehmende und sehr auffällige Ungleichheit, der steigende Druck auf die Mittelschichten und die Verschlechterung der Lage der armen Bevölkerung in Israel. Diese Daten sprechen für sich: 20 mehrheitlich von Familien kontrollierte Unternehmensgruppen besitzen die Hälfte des israelischen Finanzmarkts;^{iv} mit einem Gini-Index für Ungleichverteilungen von 0,378 liegt Israel wegen seiner sozialen Unterschiede unter den Industrieländern an zweiter Stelle hinter den USA;^v die Armutsquote in Israel beträgt 21 %, gegenüber einem Durchschnitt von 11 % in den OECD-Ländern.^{vi} Dieses soziale Versagen ist sogar noch stärker ausgeprägt, wenn man bedenkt, dass Israel mit 28.800 USD im weltweiten Vergleich ein hohes Pro-Kopf-Einkommen aufweist, was 84 % des OECD-Durchschnitts und

62 % des US-amerikanischen BIP entspricht,^{vii} und die Tatsache berücksichtigt, dass die 2008 einsetzende Krise an Israel relativ spurlos vorüberging.

Mit dem Protest von 2011 kam der erste Sand ins Getriebe der neoliberalen Transformation, die ca. 25 Jahre ununterbrochen im Gang war und durch die eine unangefochtene Hegemonie nach dem amerikanischen Kapitalismusmodell entstand. Im September wurden jedoch die Zeltstädte abgebaut und die Massendemonstrationen eingestellt. Es war davon auszugehen, dass sich die Straßenproteste angesichts der näher rückenden Hohen Feiertage, der Winterzeit und der Rückkehr der Studenten an die Universitäten allmählich von selbst erübrigen würden. Dass der gesellschaftliche Protest so plötzlich auf das Niveau vor der Sommerperiode zurückging, war genauso erstaunlich wie sein Ausbruch gerade einmal zweieinhalb Monate davor. Ob der Protest einen Richtungswandel des neoliberalen Regimes andeutet oder nur ein kurzes Zwischenspiel ist, bleibt abzuwarten.

2

Der Protest wurde spontan initiiert und während der gesamten Sommerhochsaison von einer Gruppe junger Akademiker im Alter von 20 bis 35 angeführt, von Studenten und Arbeitnehmern aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Journalismus oder mit ähnlichen Kompetenzen, die in den alten gentrifizierten Stadtteilen von Tel Aviv, dem Zentrum Israels für weltliche Kultur, Unterhaltungsmöglichkeiten für junge Menschen und der Geschäftssitze, leben und arbeiten. Zwei organisierte Bewegungen, die sich den Protesten anschlossen und zahlreiche Teilnehmer mobilisierten, waren der Nationale Studentenbund (unter der Leitung von Itzik Shmueli) und „Dror Israel“, eine Bewegung, die den Pioniergeist und die sozialen Werte der früheren historischen Arbeitsbewegung hochleben lässt. Diese drei zentralen Protestgruppen unterhalten Verbindungen zur sogenannten „Mittelschicht“, und es zeigte sich, dass die Demonstranten insbesondere aus dieser Gesellschaftsgruppe stammten. Als jedoch die Protestbewegung größer wurde, schlossen sich ihr die Massen aus den Randgebieten Israels (insbesondere aus dem nördlichen und südlichen Teil des Landes) und eine erhebliche Anzahl von Angehörigen der „unteren sozialen Schichten“ an.

All diese Gruppen fanden ihre gemeinsame Identität unter der Bezeichnung „das Volk“, und im expliziten Diskurs wurde hervorgehoben, dass der Protest unterschiedslos „das ganze Volk“ repräsentiert. Dieses Selbstporträt als Bewegung des Volkes ist ein wichtiges Novum in Israel, wo die gemeinsame Identität in der Regel durch die „Nation“ im ethno-nationalistischen Sinne geprägt ist (die jüdische Nation, die palästinensische Nation usw.). Es war das erste Mal im öffentlichen Diskurs, dass der Begriff „Volk“ einen derart inklusiven transnationalen und transethnischen Sinn erhielt. Der Protest fand tatsächlich die breitestmögliche Unterstützung: an seinem Höhepunkt wurde er von etwa 88 % der Bevölkerung befürwortet.

Dabei wurde der Protest noch immer innerhalb der Grenzen der maßgebenden nationalen Ideologie des Zionismus geführt. Dies zeigte sich vor allem im republikanischen Diskurs des Protestes, der dieser Logik folgte: „Wir dienen dem Staat (durch Militärdienst und Steuern) und dafür schuldet er uns Sozialleistungen“. Eine solche Haltung der „Opposition Ihrer Majestät“ wurde schön symbolisiert durch eine weißblaue Nationalflagge, die ein Mauerwerk auf dem Boulevard verhüllte und auf der Tränen zu sehen waren, sowie durch bedeutende Reden von Protestanführern, die die „neuen Israelis“ als Erben der zionistischen Staatsgründer feierten.

Auf diese Variante der „neuen Israelis“ zu setzen, erwies sich gewissermaßen als inklusiv, grenzte aber auch einige Gesellschaftssektoren aus bzw. lieferte ihnen einen Vorwand, außen vor zu bleiben. Und so kam es, dass sich nicht alle Menschen dem protestierenden „Volk“ anschlossen oder ihm viele sogar ihre Unterstützung verweigerten. Aus manchen öffentlichen Meinungsumfragen, die während der Proteste durchgeführt wurden, geht hervor, dass die Unterstützung ganz offensichtlich zwischen politisch Linken und Rechten sowie zwischen sekulären und religiösen Teilnehmern gespalten war. Von den linken und weltlichen Teilnehmern (in der Regel aus der „Mittelschicht“) kam mehr Unterstützung als von rechten und religiösen Teilnehmern (in der Regel aus den „unteren sozialen Schichten“): von den Wählern, die der Arbeitspartei angehörten, unterstützten 98 % den Protest, von den Angehörigen des (nationalistischen) Likud lehnten 85 % eine Unterstützung ab; unter den Mitgliedern der Schas-Partei (Mizrachim, die den sozial unteren Schichten angehören, und Traditionalisten) verringerte sich die Zahl der Befürworter auf 78 %, unter Angehörigen der jüdischen Heimatpartei (religiöse Nationalisten der Aschkenasi, mittlere Einkommensschicht) auf 50 %.^{viii}

Fünf Sektoren der israelischen Gesellschaft sind weniger aktiv an den Protesten beteiligt bzw. ächten diese sogar: die palästinensischen Bürger Israels, nach deren Auffassung der Protest zu israelisch im jüdischen Sinne war; jüdische Einwanderer aus Russland, die den Protest für zu israelisch im „nativen israelischen“

Sinn hielten; orthodoxe Juden, die den Protest als zu weltlich empfanden; religiös-nationalistische Juden, die den Protest als zu stark linksorientiert einstufte, da er möglicherweise sozialen Wohlstand höher als die Ausgaben für die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten bewertete, und der größte Arbeiterbund, dem der Protest zu „yuppiehaft“ war (und der es ablehnte, hinter den führenden Figuren der Protestbewegung „die zweite Geige“ zu spielen). Ein sechster, wichtiger „Sektor“, der überrascht wurde, waren die wohlhabende Elite, das gehobene Bürgertum und die Industriellen, deren Reaktion zwischen Vorsicht und Ablehnung schwankte.ix

In Anbetracht dieser gesellschaftlichen Konstellationen könnte man schlussfolgern, dass das „Volk“ hauptsächlich aus Angehörigen der „Mittelschicht“ bestehen würde. In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren verbündete sich die gesellschaftliche Mitte mit der Oberschicht und unterstützte die neoliberale Politik. In jüngster Zeit sah sich jedoch die Mittelschicht selbst in Bedrängnis und unfähig, sich das Niveau an Versorgungsdiensten zu leisten, auf die sie ihres Erachtens Anspruch hat.x Dieses soziale Anliegen ging mit einer Zuspitzung der politischen Lage einher: die Abneigung dieses Gesellschaftssektors gegenüber der neonationalistischen und ethnisch-religiösen Gesinnung der regierenden Koalition, und seine Frustration nach Jahren des Regierens, in der zwei andere Sektoren bevorzugt behandelt wurden: die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten und die orthodoxe jüdische Gemeinschaft. Die soziale Not und die Verschlechterung der politischen Lage sind verwoben, da der Staat enorme Mittel aus dem Wohlfahrtsbudget innerhalb der „Grünen Linie“ in die besetzten Gebiete und die dort ansässigen sozialen Sektoren überweist.xi Vor diesem Hintergrund verbündeten sich am 14. Juli 2011 Teile der Mittelschicht, insbesondere junge, gebildete und liberale Bereiche der Gesellschaft, mit sozial schwächeren Teilen und der peripheren Bevölkerung mit den neuen Forderungen des „Volkes“ nach „sozialer Gerechtigkeit“.

3

Die Grundursache des Protests waren, wie erwähnt, die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Umorientierung Israels zu einer weitreichenden neoliberalen Politik, die seit den 1980er-Jahren verfolgt wird, und zur Verteilung staatlicher Ressourcen an die ethnisch-nationalen Sektoren. Warum aber wurde der Protest durch außerparlamentarische Mittel wie Zeltstädte auf öffentlichen Straßen und Massendemonstrationen organisiert und nicht durch Forderungen über die Mechanismen politischer Parteien? Der Grund war eine tiefe Krise des repräsentativen Systems und ein dadurch verursachtes weitverbreitetes Gefühl des Misstrauens gegenüber dem politischen System insgesamt.

Eines der Hauptmerkmale des Protests war, dass er von seinen Teilnehmern als „unpolitisch“ oder „apolitisch“ bezeichnet wurde. Dadurch sollte jede Identifizierung mit einer politischen Partei vermieden und es sollte Verbindungen zu politischen Persönlichkeiten ausgewichen werden. Die Protestanführer waren besonders darauf bedacht, jede linkspolitische Neigung (obwohl die meisten von ihnen linksgerichtet sind) und sogar regierungsfeindliche Absichten jeder Art in Abrede zu stellen, angesichts der Bezeichnungen durch die Rechten, dass der ganze Protest den Umsturz der Netanjahu-Regierung zum Ziel haben würde. Sich angesichts der besonderen Verhältnisse in Israel als „apolitisch“ zu bezeichnen, bedeutet vor allem, dass man in Bezug auf die Kontroverse über die Zukunft der besetzten Gebiete und die Beziehungen mit den Palästinensern keine Partei unterstützen möchte. Tatsächlich gingen die Demonstranten diesem Thema mit allen Mitteln aus dem Weg (obwohl es durchaus große wirtschaftliche Bedeutung hat). Das Thema ins Gespräch zu bringen, hätte den sofortigen Bruch der Einheit des „Volkes“ verursacht, das sie doch unbedingt repräsentieren wollten.

Sogar die Forderungen nach tief greifenden Veränderungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden vorbehaltlos als „apolitisch“ dargestellt. Den Erklärungen zufolge war das gesamte politische Establishment ein Problem. Die Politiker hätten ihre Pflicht zum Dienst an den Bürgern vernachlässigt. Positionen dieser Art sind auch durch Jugendproteste in anderen westlichen Demokratien bekannt, in denen der breiten Öffentlichkeit das Vertrauen in die politischen Vertreter abhanden gekommen war. In Israel sind die politischen Parteien die Institutionen, die das geringste Vertrauen genießen: nur etwa ein Viertel der Bevölkerung hat Vertrauen in die Parteien und Politiker. 80 % der Parteien und Politiker, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, befinden sich am oberen Ende der Korruptionsleiter. Die Mitgliedschaft in den Parteien ging von ca. 20 % in den 1960er-Jahren auf ungefähr 6 % im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zurück. Die Wahlbeteiligung verringerte sich vom Rekordniveau von 85 % in der Vergangenheit auf nur mehr 60 % in jüngster Zeit.xii

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Krise des repräsentativen Systems und dem neoliberalen Kurswechsel. Durch die Vereinigung aller großen Parteien im neoliberalen Programm waren ihre Unterschiede kaum mehr erkennbar und eine Wahl für eine bestimmte Partei erschien weniger bedeutsam.

Verstärkt wurde dieser Effekt durch die Entstehung von Parteien der Mitte, in denen sich einst führende Politiker der Rechten und Linken zusammenschlossen, wodurch erneut die Frage der Relevanz einer Entscheidung zwischen bestimmten Parteien auftrat. Die Parteien verloren einen wesentlichen Teil ihrer wichtigen Vermittlungsfunktion zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat; sie öffneten einerseits den politischen Raum für die kommerzielle Mediatisierung und schufen andererseits Anreize für die vopolitische Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. In der post-materialistischen und post-modernistischen Atmosphäre der vergangenen Jahrzehnte wurden sozio-ökonomische Fragen professionellen Experten und Nichtregierungsorganisationen überlassen. Das Neue an diesem Protest war, dass durch ihn Fragen der sozialen Gerechtigkeit wieder zum bestimmenden Thema des politischen Diskurses wurden; dennoch wurde dies ausschließlich durch „unpolitische“ Mittel und Rhetorik erreicht.

Die neue „unpolitische Politik“ äußerte sich nicht nur durch die negative Einstellung gegenüber der konventionellen demokratischen Politik (Parlament, Parteien, das repräsentative System), sondern auch durch die Erfindung neuer Formen der Direktdemokratie und die Umwandlung öffentlicher Plätze in Plätze der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit. Die Zeltstädte verwandelten sich nachts über in Brennpunkte einer neuen hektisch betriebsamen Kultur des öffentlichen Lebens, die von der Abenddämmerung bis in die frühen Morgenstunden Zehntausende von Besuchern anlockten. An jeder Ecke des Rothschild-Boulevards und in anderen Zeltstädten im ganzen Land gab es Auftritte von Rockbands, artistische Darbietungen, Diskussionsgruppen, Vorführungen von Sozialfilmen sowie alle Arten von Musik, Tanz und Gebeten, Speisen und Getränken. Beobachter fühlten sich an das Woodstock-Konzert von 1969 erinnert, das die Kultur der 1960er-Jahre verkörperte (die Zeltstädte leerten sich tagsüber weitgehend, wegen des heißen und feuchten Klimas und da die Menschen ihr Alltagsleben fortsetzten und ihrer geregelten Arbeit nachgingen).

Fragen der politischen Vertretung sorgten unter den Protestteilnehmern für Unruhe. Über die erste Gruppe, die mit dem Protest begann, wurde sehr ausführlich und positiv in der Presse und den Medien des Landes berichtet; über Nacht wurde sie als „Protestanführer“ oder „Rothschild-Zentrale“ gewürdigt. Aber die Homogenität dieser Gruppe und ihre Lage im symbolträchtigen gesellschaftlichen „Zentrum“ des Landes konnte „lokalen Anführern“ von Zeltstädten in den peripheren Gebieten des Landes nicht verborgen geblieben sein. Die Beziehungen zwischen dem „Zentrum“ und der „Peripherie“ führten daher zu internen Spannungen innerhalb der Protestbewegung, und es fanden Diskussionen und Versuche statt, eine offenere demokratische und repräsentative Führungsstruktur zu schaffen. Diese Schritte wurden jedoch nie richtig konkretisiert und als sich die Protestwelle dem Ende näherte, blieb kein operatives Organ mehr übrig, das die Bewegung auch nach dem Sommer noch hätte weiterführen können.

4

Der Leitspruch des Protests lautete, wie schon erwähnt: „Das Volk verlangt soziale Gerechtigkeit“. Was bedeutete das aber konkret? Wie bereits erwähnt, entstand diese Protestwelle spontan, ohne vorherige Vorbereitung, und wurde von Studenten und Hochschulabsolventen mit erlernten Kommunikationskompetenzen geleitet. Abgesehen von einem Gespür für die wirtschaftlichen Probleme des Alltags und ihre Erfahrung, dass es kaum möglich ist, den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, waren die führenden Protestteilnehmer nicht wirklich vorbereitet und hatten keine gesellschaftliche Vision, geschweige denn ein wirtschaftliches Programm. In den ersten zwei bis drei Wochen war allein der Ausdruck der Wut gegen die Ungerechtigkeit und Ungleichheit ein Zweck an sich. Mit fortschreitender Zeit wurde jedoch der Druck immer größer, um die eigentlichen Forderungen der Bewegung aufzustellen. Die Protestanführer bedienten sich eines Dokuments der Dror-Bewegung, um zum ersten Mal ihre Forderungen schriftlich festzuhalten.

Das Dokument beginnt mit einer Anklage der Regierung, jahrzehntelange eine Politik betrieben zu haben, die einen Anstieg der Ungleichbehandlungen und den Abbau von Sozialleistungen verursachte. Es wurde eine ganze Reihe von Themen genannt, die einer Neuorientierung bedürfen. Dazu gehören die Reduzierung der Armut, die Aufstockung der Sozialausgaben, ein progressiveres Steuersystem, die Intervention auf dem Wohnungsmarkt, um ein geringeres Preisniveau zu gewährleisten, kostenlose Erziehung für Kinder ab 3 Jahren usw. Der Gesamttenor des Dokuments ist gemäßigt sozialdemokratisch bis klassisch keynesianisch (Kapitalismus oder Globalisierung werden nicht direkt infrage gestellt und es werden keine institutionellen Reformen gefordert, sondern nur die erwähnten Verbesserungsvorschläge unterbreitet).

In einer instinktiven Reaktion räumte die Regierung soziale Versäumnisse ein, machte dafür aber ungenügenden Wettbewerb in der israelischen Marktwirtschaft verantwortlich. Die Regierung sah also im Neoliberalismus kein Problem, stattdessen empfahl sie ihn als Lösung. Die Forderung nach einem

wettbewerbsfähigeren Markt entwickelte sich daher zum Diskursrahmen, mit dem die Regierung die gesellschaftlichen Herausforderungen interpretierte.

Dem Druck der Öffentlichkeit begegnet die Regierung mit immer derselben Methode: sie bildete einen Ausschuss. In diesem Fall beschloss Ministerpräsident Netanjahu die Einrichtung eines Ausschusses, der die Protestforderungen untersuchen und prüfen sollte, wie die Regierung darauf eingehen könnte –, ohne jede Möglichkeit, über den bereits genehmigten Haushalt neu zu verhandeln. Der Ausschuss wurde mit populären regierungsnahen Fachleuten besetzt. An seine Spitze wurde Prof. Manuel Trachtenberg, ein Wirtschaftsexperte der alten Schule, jedoch mit besten Absichten, ernannt. Er organisierte die öffentliche Anhörung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Forderungen, was an sich ein beispielhaftes demokratisches Ereignis war. In seinem Bericht, der Ende September veröffentlicht wurde, vertrat er die Auffassung, dass der Protest Ausdruck junger berufstätiger Familien der „mittleren Schichten“ sei, die das Rückgrat der israelischen Gesellschaft im militärischen Dienst und in den produktiven Arbeitssektoren bildeten, die aber von der Regierung nicht gerecht belohnt würden. Er zählte eine ganze Reihe von politischen Vorschlägen auf, um diese Situation abzustellen, jedoch ohne den neoliberalen Rahmen anzutasten. Letzten Endes wurden diese Empfehlungen von der Regierung in einer Erklärungsgeste angenommen, aber nicht wirklich umgesetzt. Wie die radikalen Demonstranten befürchteten, führte der Trachtenberg-Ausschuss dazu, dass die Protestwirkung zurückging und zerstreut wurde.^{xiii}

Als Reaktion auf die Einrichtung des Regierungsausschusses hielten es die Anführer der Protestbewegung für notwendig, einen eigenen Expertenausschuss aufzubieten, mit Dutzenden freiwilliger Experten von Universitäten und gemeinnützigen Sozialverbänden und unter der Leitung von Prof. Aviya Spivak und Prof. Yossi Yona. Die Arbeitsweise der Teams von Spivak und Yona war zudem ein Beispiel für die demokratische Anhörung und die Mobilisierung von populären Experten und Intellektuellen für soziale Anliegen. Sie entwickelten ein weitreichenderes Programm für den Wandel, aber auch in diesem Fall ohne radikale antikapitalistische Positionen, ohne Forderungen nach tief greifenden Reformen zur Überwindung kapitalistischer Produktions-, Vertriebs- und Konsummethode, sondern mit altbewährten keynesianischen Konzepten, d. h. mehr staatliche Intervention zur Stützung der Wirtschaft, um die sozialen Ziele zu erreichen und den Wohlfahrtsstaat wiederaufzubauen.^{xiv}

5

Alles in allem war der Protest in Israel in der Tat ein radikales Ereignis, für das Hunderttausende aufgebrachter Bürger auf die Straße gingen, um gegen wirtschaftliche und soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu demonstrieren, die durch den Neoliberalismus der vergangenen 25 Jahre verursacht worden war. Es war die erste Demonstration von Stärke dieser Art und als solche sehr eindrucksvoll. Die Protestbewegung hatte jedoch ihre Schattenseiten. So lassen sich insbesondere folgende negative Aspekte feststellen: 1. Die Forderungen der Protestbewegung ließen jede Radikalität vermissen, die notwendig wäre, um gegen das hegemoniale neoliberale Projekt direkt anzugehen; zu sehr waren die Teilnehmer ihrer „Problemlösungshaltung“ verhaftet; 2. es gelang der Protestbewegung nicht, eine organisatorische Grundlage zu schaffen, durch die es möglich gewesen wäre, die bei Beginn der Protestwelle frei gewordene Energie in einer Infrastruktur für eine funktionierende politisch-gesellschaftliche Bewegung zu bündeln; 3. sogar als sie ein inklusiveres Verständnis des Volksbegriffs (als Demos) entwickelte, gelang es ihr letztlich nicht, eine kooperative, stabile Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen und geografischen Randgebieten und der arabischen Minderheit zu verwirklichen (ebenso wenig gelang es ihr, die Frage der besetzten Gebiete aufzugreifen); 4. die Grenzen einer individualistischen Herangehensweise („Konsumverhalten“) an sozialpolitische Themen ließen sich nicht überwinden; dadurch war es nicht möglich, die Probleme der organisierten Arbeitnehmerschaft in Angriff zu nehmen.

Als die Zeltstädte abgebaut worden waren und die Straßendemonstrationen verschwanden, spendeten sich die Unterstützer des Protests Trost an dem Gedanken, dass dies erst der „Ende des Anfangs“ gewesen sei, d. h. das Ende der ersten Protestwelle. Ob es aber eine weitere Protestwelle geben würde und welche Form sie annehmen würde, war bis dahin unklar und daran änderte sich auch nichts bis zur Abfassung dieses Essays Ende Dezember 2011. Die Versprechungen der Regierung zu reagieren und eine Reform durchzuführen, wurden nicht eingelöst. Das ist nicht überraschend, da Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vom (nationalistischen) Likud ein erklärter Neoliberaler (bzw. Neokonservativer gemäß US-amerikanischer Definition) ist, der für den freien Markt eintritt. Einige Monate nach dem Ende der Protestwelle sind vielleicht noch vereinzelte Formen sozialer Aktivitäten im Untergrund im Gang und die Protestanführer befinden sich – wenngleich jeder für sich – noch immer auf der Suche nach Möglichkeiten, den Protest in neuer Form fortzusetzen. Daphne Leef kündigte die Gründung eines

Aktienunternehmens an, durch das soziale Projekte finanziert werden sollen; Stav Shafir engagiert sich in außerparlamentarischen studentenpolitischen Initiativen; Shmueli wird sehr wahrscheinlich seinen Platz in einer der politischen Parteien der Mitte finden. Die radikalen demokratischen Organisationen und die Organisationen in den Randgebieten sind nach wie vor relativ klein und haben es bisher nicht geschafft, eine Führungsalternative auf Landesebene anzubieten.

Die Frage, die sich zurzeit viele stellen, ist, ob und auf welche Weise der Protest die nächsten nationalen Wahlen beeinflussen wird, die 2013 anberaumt sind. Die Politik in Israel und im Nahen Osten insgesamt ist jedoch so unbeständig, dass jede Vorhersage bei der Erstellung dieses Textes möglicherweise das Papier nicht mehr wert ist, auf dem es gedruckt wird, wenn er gelesen wird. So konnte auch am Morgen des 14. Juli 2011 niemand wissen, dass am selben Abend eine überwältigende soziale Protestbewegung entstehen würde.

März 2012

Die Autoren:

Uri Ram ist Professor der Soziologie an der Ben Gurion University of the Negev.

Dani Filc ist Professor der Politischen Wissenschaften an der Ben Gurion University of the Negev.



Das Zeichen für „Gerechtigkeit“ und Daphne Leef, das „Gesicht“ des Protests. Der soziale Protest in Israel, 2011. Aufgenommen mit einem Mobiltelefon von Uri Ram.



Die große Zeltstadt, Rothschild-Boulevard, Tel Aviv. Der soziale Protest in Israel, 2011. Aufgenommen mit einem Mobiltelefon von Uri Ram.



Die weinende Flagge, Tel Aviv. Der soziale Protest in Israel, 2011. Aufgenommen mit einem Mobiltelefon von Uri Ram.

-
- i Gottlib, Daniel & Alex Fruman. 2011. Ownership of Apartment and Expenses on Rent by Age Categories (Wohneigentum und Mietausgaben nach Altersgruppen), 1999-2009. National Insurance Institute.
- ii Walla News. 2011. Map of the Protest. August 16th. <http://news.walla.co.il/?w=/90/1851173>
- iii Filc, Dani and Uri Ram eds. 2004. The Power of Property: Israeli Society I the Global Age (Die Macht des Eigentums: die israelische Gesellschaft im globalen Zeitalter). Hakibbutz HaMeuchad Press & Van Leer Institute.
- Ram, Uri. 2007. [The Globalization of Israel: McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem. The Globalization of Israel: McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem \(Die Globalisierung Israels: McWorld in Tel Aviv, Dschihad in Jerusalem\). Routledge.](#)
- Filc, Dani. 2010. [The Political Right in Israel: Different Faces of Jewish Populism \(Die politische Rechte in Israel: die verschiedenen Gesichter des jüdischen Populismus\). Routledge .](#)
- iv Kosenko Konstantin (Bank of Israel, research department). 2007. Evolution of Business Groups in Israel: Their Impact at the Level of the Firm and the Economy (Entwicklung von Unternehmensgruppen in Israel und ihre Auswirkungen für Unternehmen und Wirtschaft). Israel economic Review 5(2): 55-93.
- v Israel. Central Bureau of Statistics (Zentrales Statistikamt). 2010. [Report No. 3 \(Bericht Nr. 3\), S. 119 .](#)
- vi Israel. Central Bureau of Statistics (Zentrales Statistikamt). 2010. [Report No. 3 \(Bericht Nr. 3\), S. 121 .](#)
- vii Bank of Israel. 2010. Annual Report (Jahresbericht). S. 34.
- viii Channel 10. Public opinion survey (Öffentliche Meinungsumfrage). Published (Veröffentlicht) in Y Net News, August 2nd 2011. <http://www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-4103617,00.html>
- ix Kritische Studien der israelischen Gesellschaftsstruktur und der Beziehungen zwischen ihren Sektoren finden Sie in Kimmerling (, Baruch. 2001. [The Invention and Decline of Israeliness: State, Society, and the Military The Invention and Decline of Israeliness: State, Society, and the Military . University of California Press; and Gershon Shafir & Yoav Peled. 2002. Being Israeli: The Dynamics of Multiple Citizenship. Cambridge University Press. Cambridge University Press.](#)
- x Eine kritische Analyse der sozio-ökonomischen Daten über Israel finden Sie in Shlomo Swirski und Ety Konor-Atias. 2011. [Israel: A Social Report – 2011 Israel: A Social Report – 2011 . Adva Center. http://www.adva.org/default.asp?pageid=1002&itmid=673http://www.adva.org/default.asp?pageid=1002&itmid=673 For the political economy of the occupation see Swirski, Shlomo. 2005. The Burden of Occupation: The Cost of the Occupation to Israeli Society, Polity and Economy, Adva Center \(Die Last der Besetzung: die Kosten der Besetzung für die Gesellschaft, die politische Ordnung und die Wirtschaft Israels, Adva Center\).](#)
- xi See Gutwein, Daniel. 2006. "Some comments of the class foundations of the occupation". Monthly Review (Juni). <http://mrzine.monthlyreview.org/2006/gutwein160606.html>

xiii Arian, Asher et al. 2006. The 2006 Israeli Democracy Index (Der israelische Demokratie-Index 2006). The Israel Democracy Institute.

http://www.idi.org.il/sites/english/PublicationsCatalog/Pages/The_2006_Israeli_Democracy_Index/Publications_Catalog_7774.aspx_

xiii Den vollständigen Text des „Ausschusses für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel“ (Trachtenberg-Ausschuss) finden Sie unter folgender Internet-Adresse: <http://www.haaretz.co.il/news/education/1.1484032> .

xiv Den Spivak-Yona-Bericht finden Sie unter folgender Internet-Adresse: "Document of Principles for Social Policy – Submitted to the Public by the Spivak-Yona Team". Die offizielle Website des Protests: <http://j14.org.il/spivak/?p=236%20%D7%9E%D7%A7%D7%95%D7%A8>

Kontakt: uriram1@gmail.com